



Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter e. V. - Mitglied der internationalen ACAT (FIACAT)  
Kreuzstr. 4 ● D-31134 Hildesheim ● Tel.: 05121 / 174913 ● [www.acat-deutschland.de](http://www.acat-deutschland.de)  
Spendenkonto: Sparkasse Westmünsterland IBAN: DE6640154530000008664 BIC: WELADE3WXXX

01.12.2023

Briefaktion 21/23 – **Saudi-Arabien:** *Jalal Labad, Abdullah Al-Derazi, u.a.*

Todesstrafe, Folter



**Saudi-Arabien:** 28,2 Mio. Einwohner auf 2.240.000 km<sup>2</sup> Fläche, BSP/Einw. 18.030 \$ (2011), Bevölkerung: 74% Saudi-Araber, 25% ausländische Arbeitskräfte; Islam ist Staatsreligion: 98% Muslime (überwiegend Sunniten), Minderheiten von Christen und Hindus; islamische absolute Monarchie seit 1932. Saudi-Arabien hat das *Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe* unter Vorbehalt ratifiziert, nicht jedoch den *Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte*.



Zum internationalen **Tag der Menschenrechte** am 10.12. unterstützen wir einen Appell der **ACAT Schweiz**, die auf die drohende Hinrichtung von Gefangenen in Saudi-Arabien in der Weihnachtszeit hinweist.

Mindestens 65 Gefangene sind in unmittelbarer Gefahr, hingerichtet zu werden. Unter ihnen sind acht Männer, die zum Zeitpunkt der ihnen angelasteten „Verbrechen“ minderjährig waren.

Sie gehören der unterdrückten schiitischen Minderheit an und wurden angeklagt, weil sie an Protesten gegen das Regime teilgenommen hatten. Es handelt sich um **Jalal Labad, Abdullah Al-Derazi, Youssef Al-Manasef, Hassan Zaki Al-Faraj, Ali Jaafar Al Mabiouq, Jawad Qureiris, Ali Hassan Al-Subaiti** und **Mahdi Al-Mohsen**. Die meisten von ihnen wurden zwischen 2017 und 2018 festgenommen.

Alle acht jungen Männer wurden monatelang in Einzelhaft festgehalten und gefoltert, damit sie Geständnisse ablegten. Erst nach Jahren wurden sie vor Gericht gebracht, wo sie erstmals von einem Anwalt begleitet wurden. Die Angeklagten wurden der Teilnahme an Protesten beschuldigt. Ali Hassan Al-Subaiti wurde vorgeworfen, einer Terrororganisation angehört zu haben und in Waffenhandel involviert gewesen sein – als Zwölfjähriger. Vorwürfe gegen andere waren: Teilnahme an Beerdigungen von auf Demonstrationen oder bei Razzien Erschossenen, Teilnahme an Krawallen.

Die Gefangenen wurden an Sonderstrafgerichte verwiesen, die Verbrechen im Zusammenhang mit Terrorakten ahnden sollten. In Wirklichkeit verfolgen diese Gerichte alle Menschen, die sich gegen die Politik des Regimes stellen. Demonstranten der schiitischen Minderheit droht vor den Sondergerichten oft die Todesstrafe unter der Strafkategorie „Tazir“. Dieser Begriff aus dem islamischen Strafrecht bezeichnet Strafen, die im Ermessen der lokalen Justizbehörden liegen. Die Anwendung von „Tazir“ ermöglicht es dem Regime, stillschweigend willkürliche Sanktionen zu verhängen, insbesondere als Mittel zu politischer Unterdrückung.

Als Beweismittel legt die Staatsanwaltschaft sehr oft auch unter Zwang erlangte Geständnisse vor. Obwohl die Angeklagten vor dem Richter aussagten, dass sie während der Haft gefoltert wurden, damit sie Geständnisse ablegen, gab es keinerlei Untersuchungen zu diesen Vorwürfen.

Dies alles ist eine schwere Verletzung sowohl der von Saudi-Arabien ratifizierten Konventionen als auch der nationalen Gesetze. Diese verbieten Folter und die Todesstrafe für Minderjährige.

Aufgrund der anstehenden Weihnachtszeit steigt die Angst bei den Familien der Verurteilten: **Bereits 2016 und 2020 nutzte das saudische Regime die diplomatische und mediale Ruhezeit um den Jahreswechsel, um zahlreiche Menschen – darunter Minderjährige – hinzurichten.** Oft werden die Familien weder über die Todesurteile noch über eine bevorstehende Vollstreckung informiert. Wo sich der Leichnam befindet, gibt das Regime ebenfalls nicht bekannt.

Die Menschenrechtsorganisation ESOHR (European Saudi Organisation for Human Rights) befürchtet, dass das auch in diesem Jahr wieder passieren könnte – und dass die Familien erst aus den Medien von der Hinrichtung ihrer Angehörigen erfahren.

Weitere Informationen unter:

[https://www.acat.ch/de/aktiv\\_werden/kampagnen/menschenrechtstag\\_2023/](https://www.acat.ch/de/aktiv_werden/kampagnen/menschenrechtstag_2023/)



Bitte unterschreiben Sie den Appellbrief an den Kronprinzen des Königreiches Saudi-Arabien und **senden Sie diesen an die ACAT Schweiz** (Adresse steht auf dem Brief), die die Appelle weiterleiten wird. Eine Kopie an die Botschaft entfällt, sodass **nur ein Exemplar** beiliegt. Der unterschriftsfertige Brief soll wörtlich unverändert bleiben. Die Adresse ist der Vorlage zu entnehmen (**Porto, Luftpost, in die Schweiz 1,10 EUR**).

*Bearbeitung möglichst bis zum 13.12.2023, erforderlichenfalls aber auch später, bis zum 30.12.2023.*



Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter e. V. - Mitglied der internationalen ACAT (FIACAT)  
Kreuzstr. 4 ● D-31134 Hildesheim ● Tel.: 05121 / 174913 ● [www.acat-deutschland.de](http://www.acat-deutschland.de)  
Spendenkonto: Sparkasse Westmünsterland IBAN: DE6640154530000008664 BIC: WELADE3WXXX

01.12.2023

Briefaktion 22/23 – **UKRAINE / RUSSLAND / INDIEN:** *Mariano García Calatayud*  
Folter, willkürliche Haft



Ukraine: 45,7 Mio. Einwohner auf 603.700 km<sup>2</sup> Fläche (einschl. Krim), BSP/Einw. 3.500 \$ (2012), Bevölkerung: 78% Ukrainer, 17% Russen, 0,6% Weißrussen, 0,5 % Krimtataren; insg. über 130 Nationalitäten. Religion: 52% Orthodoxe, 9% Griechisch-Katholische, 4% Muslime, 3% Protestanten, 2% Katholiken; Minderheiten von Juden u.a. Die Ukraine hat den *Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte* und das *Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe* ratifiziert.



Der 75-jährige Spanier **Mariano García Calatayud** fiel am 19. März 2022 in der ukrainischen Stadt Cherson dem Verschwindenlassen durch die russischen Besatzungsbehörden zum Opfer. Der mit einer ukrainischen Frau verheiratete Spanier war seit Jahren als humanitärer Helfer tätig und verschwand, nachdem er an einem friedlichen Protest gegen die Besatzung durch den russischen Angriffskrieg teilgenommen hatte. Seither halten ihn die russischen Behörden ohne Kontakt zur Außenwelt in Haft. Laut Amnesty International (AI) bestätigten sie seine Haft erst im April 2023, ohne sie rechtlich zu begründen. Im Mai 2023 veröffentlichten unabhängige russische Medien Aussagen ehemaliger Mithäftlinge über seinen zunehmend kritischen Gesundheitszustand und Folter an Mariano García Calatayud durch Gefängniswärter. Er soll wiederholte Stromschläge und Bisse durch einen Wachhund erlitten haben.

Nach 13 Monaten der Ungewissheit über das Schicksal und den Verbleib von Mariano García Calatayud bestätigte die Militärstaatsanwaltschaft der russischen Schwarzmeerflotte in einem Schreiben an einen Rechtsbeistand seine Inhaftierung in einem Untersuchungsgefängnis in Simferopol auf der Krim. Er sei inhaftiert, „um Informationen über seine mögliche Beteiligung an der Begehung von Handlungen zu überprüfen, die darauf abzielen, der Sicherheit der Russischen Föderation zu schaden“.

Es gibt Berichte über Hunderte von Zivilpersonen aus den besetzten ukrainischen Gebieten, die ebenfalls dem Verschwindenlassen durch die russischen Behörden zum Opfer gefallen sind und sich in rechtswidriger Haft ohne Kontakt zur Außenwelt befinden. Geheime Haft ist rechtswidrig und Verschwindenlassen stellt ein Verbrechen nach dem Völkerrecht dar.

Mariano García Calatayud war seit 2014 als freiwilliger Helfer in der Ukraine tätig und unterstützte vom Krieg betroffene Kinder. Er blieb in Cherson, nachdem die russischen Truppen die Stadt im Februar 2022 besetzt hatten

Es gab laut AI Grund zu der Annahme, dass er wie Hunderte anderer von den russischen Besatzungstruppen festgehaltene Zivilpersonen auf die von Russland besetzte Krim gebracht und dort ohne offizielle Bestätigung in ein Haftzentrum gebracht wurde.

Wie bei früheren Aktionen **appelliert ACAT auch in diesem Fall an den Premierminister von Indien**, Narendra Modi, sich für ein Ende des Krieges und der damit verbundenen Menschenrechtsverletzungen einzusetzen. Bei seinem USA-Besuch im Juni 2023 erklärte Modi laut Medienberichten: „Wir sind absolut bereit, auf jede uns mögliche Weise einen Beitrag zu leisten, den Frieden wiederherzustellen.“ Ende Mai erklärte Modi beim G7-Gipfel in Hiroshima: „Indien und ich werden alles tun, was wir können, um den Krieg zu beenden.“ Die Regierung des Landes verfügt daher zweifellos über Gesprächskanäle mit dem Kreml. Indien enthielt sich bei UNO-Resolutionen gegen den russischen Angriff bisher der Stimme.

Ein Einsatz für den Gefangenen Mariano García Calatayud wäre ein wichtiges Zeichen, dass Indien einen Weg zum Frieden in der Ukraine unterstützt.



Bitte unterschreiben Sie den Appell an den Ministerpräsidenten der Republik Indien und senden Sie eine Kopie an den Botschafter in Berlin. Der unterschriftsfertige Brief kann wörtlich oder inhaltlich genutzt werden – bitte bleiben Sie höflich. Die Adressen sind der Vorlage zu entnehmen (Porto nach Indien, Luftpost, 1,10 EUR; nach Berlin 0,85 EUR). *Bearbeitung innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt dieser Sendung, spätestens bis zum 30.12.2023.* [Fax-Nr. der Botschaft: 030/26557000, S.E. Herrn Haris Parvathaneni; E-Mail: [hoc.berlin@mea.gov.in](mailto:hoc.berlin@mea.gov.in) ]